Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 43 (1963-1964)
Heft: 7

Artikel: Die italienischen Parteien nach den Parlamentswahlen
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-161505

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die italienischen Parteien nach den Parlamentswahlen

* * *

Die gewaltige Ausdehnung der italienischen Wirtschaft im letzten Jahrzehnt ist bekannt. Sie wirkt sich nicht nur im Drang nach Industrialisierung aus, der in einem Land wie Italien unumgänglich und natürlich ist, wo der größte Teil der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig war und ist, sondern besonders auch im Wettrennen um den Wohlstand, in dem Italien nach den neuesten Statistiken schneller als jedes andere Land, ausgenommen Japan, vorrückt.

Man muß aber sogleich festhalten, daß diese Ausdehnung nicht das Ergebnis der politischen Führung ist, sondern eher damit zusammenhängt, daß Italien, auch durch seine geographische Lage, seit einiger Zeit und voraussichtlich noch für etliche Jahre im Norden die dem Dynamismus fortgeschrittener Gebiete eigenen günstigen Wirkungen und im Süden die den rückständigen Gebieten eigenen Möglichkeiten genießt.

Überdies dürfte bekannt sein, daß eine solche Entwicklung im allgemeinen nicht kurzfristig zur Bildung einer gemäßigten politischen Meinung führt, sondern zunächst noch größere Gleichgewichtsstörungen und Spannungen als in der vorhergehenden wirtschaftlichen Phase hervorrufen kann. Die Folgen setzen sich oft erst nach längerer Zeit durch.

Das ist eine historisch unbestreitbare und ökonomisch leicht erklärliche Tatsache, auf die wir nicht weiter einzugehen brauchen. Immerhin muß sie erwähnt werden, weil sie auch für die gegenwärtige italienische Situation zutrifft, und weil sie von allen nichtpolitischen Gründen am besten das Spiel der Gruppen und das Ergebnis der Wahlen vom 28. April erklären kann.

Die expansive Phase der italienischen Wirtschaft zeigte sich nicht nur in einfachen Anpassungen, sondern auch in tiefgreifenden Umwandlungen des Wirtschaftssystems: ansehnliche Kapitalien wurden in alten und neuen Sektoren investiert. Die traditionellen Märkte haben innerhalb der verschiedenen Klassen und sozialen Gruppen Veränderungen, Wachstum und Neuverteilung erfahren; die persönlichen Einkünfte haben stark zugenommen, sind jedoch unvernünftig und ungleich verteilt.

Dieser erstaunlichen Entwicklung folgten aber keine angemessenen strukturellen Reformen. Wenn es stimmt, daß Reformen nur selten im Hinblick auf künftige Notwendigkeiten und Probleme geplant werden, sondern meistens erst dann, wenn sie unumgänglich sind, hat sich diese Wahrheit in Italien besonders schwer ausgewirkt: auf keinem Gebiet (Lohnpolitik, Sozialpolitik

usw.) wurden in den Nachkriegsjahren umfassende und langfristige Programme entwickelt, weil in den hohen Kreisen der politischen Führung der nötige Wechsel vollkommen fehlte, unter anderem wegen einer gewissen Unbeweglichkeit der Wählerschaft, besonders der weniger entwickelten. Die *Democrazia Cristiana* (D. C.) dominierte, immer mehr abgenützt durch die lange Machtausübung, und da sie mehr als 40 % der Wähler hinter sich hatte, war praktisch keine Koalition ohne sie möglich.

Das muß man wissen, um die hier versuchte Analyse der Wahlen vom 28. April zu verstehen. Daraus läßt sich auch das wichtigste Ereignis dieser Wahlen erklären: die große Zunahme der kommunistischen Stimmen.

Politische Vorgeschichte der Wahlen

Die letzte Wählerbefragung trug ein wenig das Gesicht eines Referendums für oder gegen das *Centro-Sinistra*, das heißt für oder gegen die Begegnung der Linkssozialisten Nennis (P. S. I.), die bis vor einigen Jahren mit den Kommunisten (P. C. I.) in einer Volksfront vereint waren, und der Katholiken. Diese Begegnung wird seit nunmehr fünf Jahren von den vorgerücktesten Flügeln der politischen Gruppen gepredigt (christlichdemokratische Linke, Sozialdemokraten, Republikaner, rechter sozialistischer Flügel) sowie von Presseorganen von beachtlicher Verbreitung (die Tageszeitung *Il Giorno*, die Wochenzeitung *L'Espresso* und die Monatsschriften *Il Mulino*, *Il Gallo* und *Questitalia*). Viele bekämpften und kritisierten jedoch diese Begegnung heftig, besonders die Kommunisten, die sich ungern auf der äußersten Linken isoliert sahen, aber auch die auf Volksfrontpositionen festgelegte sozialistische Linke, die christlichdemokratische Rechte unter Führung der früheren Ministerpräsidenten Pella und Scelba und alle Rechtsparteien wie Neofaschisten (M. S. I.), Monarchisten (P. D. I. U. M.) und Liberale (P. L. I.), die durch die Begegnung zwischen Katholiken und Sozialisten ihre Interessen bedroht sahen. Während jedoch der Ruf der äußersten Rechten ohne Folgen blieb, weil er auf überholten und deshalb wenig konstruktiven Argumenten beharrte, übten die Gruppierungen des rechten Zentrums, trotz entschiedener zahlenmäßiger Unterlegenheit, einen bedeutenden Einfluß auf breite Schichten der öffentlichen Meinung, weil sie einen großen Teil der wirtschaftlichen Macht (zum Beispiel die *Confindustria*) und der nicht parteigebundenen Presseorgane innehatten (ca. 80 %). Viele stellten sich sodann der neuen politischen Linie nicht nur aus politisch-wirtschaftlichen Gründen und aus Furcht vor dem Wähler entgegen, sondern auch aus weniger achtbaren Gründen, etwa aus Bequemlichkeit. Die Lösung der zahlreichen und dringenden Reformprobleme, die sich vermutlich aus der neuen Linie ergeben hätten, wäre nicht leicht gewesen, da es sich darum gehandelt hätte, bestehende Stellungen zu

brechen (Abschaffung zahlreicher unnützer Ämter) und neue Verantwortlichkeiten zu schaffen.

Der Kampf um die neue politische Linie wurde allerseits hart geführt, und besonders gegen Ende der Legislaturperiode bemühten sich die Parteien, jene Haltungen einzunehmen, die am meisten auf ihre gewohnte und potentielle Wählerschaft wirken konnten.

Das ist eine Hauptursache für den «Winterschlaf» des linken Zentrums gewesen, und ihr ist auch teilweise der kommunistische Erfolg zuzuschreiben.

Der Widerstand der Rechten

Die Rechtsparteien standen natürlich dem Versuch ablehnend gegenüber (einer ihrer Vorwürfe war gerade, daß es sich um einen «Versuch» handle), und zwar deshalb, weil sie in allen politischen Situationen grundsätzlich gegen jede Neuerung sind. Welcher Art die Änderungen auch sind, so sagen sie, die Dinge könnten sich auch zum Schlimmen wenden, und deshalb sei es besser, gar nicht erst etwas Neues zu versuchen. Natürlich gab es für diese Einstellung auch tiefere Gründe, besonders die Tatsache, daß die neue Politik sicher über kurz oder lang das italienische Steuersystem überprüft hätte, das für ein armes Land typisch ist, weil es zum großen Teil auf indirekten Steuern beruht. Dieses System hatte eine gewaltige Ungleichheit der Einkünfte und daher eine unausgewogene Entwicklung der Lebensbedingungen der Einzelnen begünstigt und hatte besonders das Problem des *Mezzogiorno* verschärft, der sich immer langsamer entwickelt als der Norden des Landes.

Da sie eine Reformpolitik nicht offen abzulehnen wagten, erklärten die Rechtsparteien zur Rechtfertigung ihrer ablehnenden Haltung, die Sozialisten seien noch ebenso eng mit den Kommunisten verbunden wie zur Zeit der Volksfront (1934—1956). In Wahrheit wollten sie, bevor sie die neue Wirklichkeit anerkannten, das ersetzen, was in den letzten zehn Jahren der Angelpunkt ihrer Propaganda war: die Gefahr der Vereinigung der Linksparteien.

Der Bruch der Linksparteien

Auch die Rechtsparteien konnten nicht leugnen, daß die sozialistische Partei, besonders in den letzten Jahren (seit dem ungarischen Aufstand von 1956) eine innere Revolution durchgemacht hatte, durch die sich zwei Hauptströmungen gebildet hatten, nämlich eine «autonomistische» (das heißt von den Kommunisten unabhängige) unter dem Parteiführer Nenni, und jene der sogenannten *carristi* unter dem Abgeordneten Vecchietti. Und weil die erste Gruppe die Mehrheit bildete (55—56%), war die Partei immer und unein-

geschränkt autonom, wie die häufigen Angriffe zur Genüge beweisen, denen die Sozialisten seitens der Kommunisten in den letzten Jahren ausgesetzt waren. Es stimmt, daß ein großer Teil der Volksfrontverbindungen zwischen P. S. I. und P. C. I. in den Lokalverwaltungen fortbestand, aber die Sozialisten wollten nicht darauf verzichten, bevor ihnen die D. C. neue Verbindungen des linken Zentrums vorschlagen und ihrerseits auf jene verzichten würde, die sie aus Wahl- und Bequemlichkeitsgründen mit der Rechten, auch der extremen Rechten, aufrechterhielt.

Als Beleg für das eben Gesagte genügt ein Abschnitt aus der Prawda vom 13. November 1962:

«Die regierende christlichdemokratische Partei sah sich gezwungen, ihren politischen Kurs zu ändern und hat versucht, zu transformistischen Methoden überzugehen, um ihre Macht zu stärken. Mit einem Anschein von Linkspolitik hofften die christlichdemokratischen Führer auf die Führer des rechten Flügels der sozialistischen Partei Einfluß zu nehmen, die seit langem unsicher waren. Der Genosse Togliatti hob hervor, daß die Führungsgruppe der christlichdemokratischen Partei gegenwärtig ein Manöver durchführt, um eine Spaltung in den empfindlichsten Organismen wie der sozialistischen Partei und der C. G. I. L. (Linksgewerkschaft) zu provozieren und die Erfolge der Bewegungen der Volksmassen zu gefährden.

[...] Der rechte Flügel der sozialistischen Partei unter Nenni, der die Mehrheit ausmacht, kämpft schon seit 5 Jahren für eine Rechtsschwenkung der Partei, für den Bruch mit den Kommunisten und für eine weitere Annäherung an die Christlichdemokraten.

Die Rede Nennis an der letzten Vollversammlung des Zentralkomitees der sozialistischen Partei, die Mitte Oktober stattfand, läßt keine Zweifel darüber, daß seine Entwicklung so weit gediehen ist, daß er den Christlichdemokraten eine fünfjährige Zusammenarbeit vorschlägt und ihr Programm übernimmt. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß Nennis Politik in den letzten Jahren eine Reihe von Konzessionen an den Antikommunismus darstellt. Dadurch hat er der Arbeiterklasse Italiens und ihrem Einheitsstreben schweren Schaden zugefügt [...] Die italienische sozialistische Partei war nie so geschlossen, stark und einflußreich wie zur Zeit ihrer engen Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei.»

Auch diese letzte Bemerkung stimmt leider: die Rechtsschwenkung der Sozialisten hat die Partei leicht geschwächt. Sie wurde von allen politischen Gruppen bekämpft und von keiner — die Republikaner ausgenommen — genügend ermutigt auf ihrem schwierigen Weg zur politischen Unabhängigkeit und zur Demokratie. Aber der innere Gegensatz zwischen den Autonomisten und den *carristi*, der sich im Laufe dieses Prozesses immer mehr verschärft hat, kann, obgleich er sich bei den Wahlen zum Nachteil der Partei ausgewirkt hat, positiv gewertet werden, weil er den weiten Weg bezeichnet, den Nenni in den letzten Jahren zurückgelegt hat, und besonders die Festigung des demokratischen Systems im Inneren der Partei. Das zeigt die Annahme der offenen Diskussion und auch der Gegensätze im Namen der Gedankenfreiheit, oder die Weigerung, das monolithische System anzuerkennen, das noch heute in den kommunistischen Reihen herrscht (in denen bei Unstimmigkeiten keine andere Lösung als die Spaltung bleibt).

Die *Prawda* fährt fort:

«Wenn Nenni in der Theorie noch zum Marxismus steht, so hat seine Gruppe in der Praxis seit 1956, als die Führung der Sozialisten einseitig den Pakt der Aktionseinheit mit der kommunistischen Partei aufhob, alle Kontakte zwischen den Führungsorganen der beiden Parteien abreißen lassen [...] Nenni hat nunmehr die Möglichkeit eines gemeinsamen Kampfes der Arbeiterklasse für eine radikale Umwandlung der Gesellschaft kategorisch verneint.»

Hier übertreibt die Prawda zweifellos. Die Anklage an die Autonomisten, das marxistische Lager verlassen zu haben, wird offensichtlich von der Bitterkeit diktiert über das, was tatsächlich eingetreten ist, auch wenn viele es hartnäckig nicht glauben wollen: die Unabhängigkeit der Sozialisten von den Kommunisten.

Die Notwendigkeit eines linken Zentrums

Der Ruck nach links ist in keiner Weise der greifbare Beweis einer ideologischen Abrüstung gewesen, weder seitens der Sozialisten (wie die Kommunisten sagen), noch seitens der Katholiken (wie die Rechte sagt), sondern vielmehr das einzig Mögliche, damals wie heute. In der Tat erreichte keine andere Koalition die nötige Mehrheit im Parlament, oder sie war aus anderen Gründen lebensunfähig.

So war zum Beispiel ein neues «Abenteuer» der D. C. mit den Rechtsparteien (Faschisten, Monarchisten und Liberale), unter anderem wegen der ablehnenden Haltung der Liberalen, undenkbar und gefährlich, nachdem das Schiff der Regierung Tambroni kläglich untergegangen war, was zu jenem beängstigenden Straßenaufstand vom Juli 1960 in Genua geführt hatte, der mit einiger Gefahr für die demokratischen Einrichtungen verbunden war.

Auch eine neue Zentrumsgruppierung der Liberalen, Christlichdemokraten und Republikaner war insofern unmöglich, als die beiden letztgenannten Parteien eine neuerliche Verbindung mit den Liberalen ablehnten, die sich gegen die Einrichtung der autonomen Gebiete sowie gegen jede Form der Staatsintervention und gegen wirksame Reformen stellten. Eine solche Verbindung muß nunmehr unbedingt ausgeschlossen werden, wenn man den kürzlichen Erklärungen Giuseppe Saragats Glauben schenkt: «Der P. L. I. kann das Problem der italienischen Gesellschaft nicht verstehen, weil er den radikalsten Gegensatz zu den Bestrebungen der breitesten Schichten dieser Gesellschaft vertritt. Er steht außerhalb der politischen Wirklichkeit, nicht mehr noch weniger als die kommunistische Partei, die auch an einer überholten Auffassung des sterilen Protestes festhält.»

Es blieb daher als einzige Möglichkeit eine Regierung des linken Zentrums, die sich aus Christlichdemokraten, Sozialdemokraten und Republikanern

zusammensetzte, mit äußerer Unterstützung (das heißt Enthaltung) der Sozialisten. Das war auch die Zusammensetzung der letzten Regierung Fanfani, die sowohl von der Rechten wie von der äußersten Linken kritisiert wurde. Diese Regierung hielt, wie die Herkunft der Kritiken zeigt, einen gleichmäßigen Abstand zu den Extremen, auch wenn sie eine entschlossene und mutige Politik der wirtschaftlichen Entwicklung und der sozialen Gerechtigkeit betrieb. Zum ersten Mal wurde in Italien eine ernsthafte Wirtschaftsplanung versucht. Diese hätte unter anderem eine Reform der Bürokratie, eine Revision des veralteten und ungenauen Steuersystems und daher eine gewisse Neuverteilung der Einkünfte und schließlich eine Lösung des alten Problems des *Mezzogiorno* erlauben sollen, dem die früheren Regierungen mit der Einrichtung der *Cassa per il Mezzogiorno* genügt zu haben glaubten, die zwar viel geleistet hat, aber doch nicht ausreichen kann. In diesen Rahmen gehörten einige Sofortmaßnahmen wie die Verstaatlichung der elektrischen Energie, ohne die eine ernsthafte Planung für unmöglich gehalten wird, die Abschaffung der Halbpacht (die von selbst am Erlöschen ist) und die Verwirklichung der Regionalordnung, die übrigens vom Artikel 5 der italienischen Verfassung gefordert wird.

Zu diesem Zweck hätte das Finanzministerium belebt werden müssen, das Ugo la Malfa übernahm, ein Republikaner (also außerhalb des marxistischen Lagers) und überzeugter Europäer. Dieser bildete eine Planungskommission aus bedeutenden Rechts- und Wirtschaftsexperten, mit der Aufgabe, Möglichkeiten und Modalitäten einer Politik der staatlichen Intervention in Italien zu prüfen, ohne deshalb die Privatinitiative zu unterdrücken, wie es die Kommunisten wünschten und wie es die Rechte beklagte, bevor etwas geschehen war.

Der Schritt war revolutionär, obwohl die Staatsintervention in der Wirtschaft Italiens in gewissen Grenzen alles andere als unbekannt war und obwohl eine demokratische Planung in verschiedenen westeuropäischen Ländern wie England, Frankreich und Belgien seit etlichen Jahren erfolgreich verwirklicht worden war.

Aber einige Monate vor den Wahlen entleerten die Christlichdemokraten das linke Zentrum jedes ernsthaften Inhalts und legten es lahm, vielleicht um im letzten Augenblick eine Wahlniederlage zu vermeiden, die damals nur noch dem Ausmaß nach ungewiß war. Insbesondere wurden die Regionen auf die Zeit nach den Wahlen oder jedenfalls auf den Moment verschoben, in dem die Sozialisten garantiert hätten, sich in den Regionalverwaltungen nicht mehr mit den Kommunisten zu verbinden. Was bezweckte der christlichdemokratische Führer Moro mit diesem Schachzug? Vielleicht hoffte er, indem er Vorsicht an den Tag legte — besonders gegenüber der breiten Wählermasse, die keine oder wenig Zeitungen liest und deshalb den P. S. I. noch für eine sozialistisch-kommunistische Partei hielt —, doch noch einen Teil

jener Wähler zu gewinnen, die bei den vorhergehenden Wahlen für den christlichdemokratischen Slogan «Fortschritt ohne Abenteuer» gestimmt hatten und die nun, nach den neuesten Statistiken der Meinungsforscher, erklärten, sie zögen die Liberalen vor und lehnten den neuen christlichdemokratischen Kurs ab, den sie für einen weiteren Schritt auf den Kommunismus hin und für ein Abenteuer hielten und nicht für einen «vorsichtigen Versuch», wie Moro erklärt hatte.

Gewiß waren die Fehler des linken Zentrums nicht gering, weniger in den Grundsätzen als in der oft übereilten Durchführung, die manchmal eher das Ergebnis politischer Konflikte als wirklicher wirtschaftlicher Interessen war. Aber das linke Zentrum hatte jedenfalls ein unbestreitbares Verdienst: es begann mit jener Verjüngung der italienischen Institutionen, ohne die man nicht mehr weiterkommen konnte. Je weiter diese Verjüngung fortschritt, um so mehr Interessen wurden natürlich getroffen; deshalb sah sie sich heftigen Angriffen aus jenen Sektoren der öffentlichen Meinung ausgesetzt, die am unmittelbarsten betroffen waren.

Unserer Meinung nach war der Schachzug Moros ein schwerer Fehler, und während er der D. C. nicht nützte, schadete er dem P. S. I. und trug zum Anstieg der kommunistischen Stimmenzahl bei. In der Tat zeigt das Wahlergebnis, daß die D. C. mehr als 4% ihrer Stimmen verloren hat, also mehr als die schwärzesten Prophezeiungen voraussahen; und das linke Zentrum hat nicht die erhoffte Stärkung erfahren, was schließlich der politischen Stabilität Italiens zum Nachteil gereicht. Einerseits gelang es Moro mit seinem Rückzug in letzter Stunde nicht, das Loch zu stopfen, das sich am rechten Flügel der Partei geöffnet hatte, und das wie vorausgesehen die Liberalen ausnützten. Anderseits hat die D. C. unzweifelhaft gerade durch ihren Verzicht in extremis auf die «vorsichtigen Versuche» Stimmen an die Linke, auch an die äußerste Linke, verschenkt, und zwar gerade die Stimmen derjenigen, die mit der gelinden und farblosen Art nicht einverstanden waren, in der das Vorgehen des linken Zentrums verwirklicht worden war, das eher alle zu befriedigen oder möglichst wenige zu brüskieren suchte, als daß es klare und deutliche Positionen einnahm.

Kommentar zu den wichtigsten Ergebnissen der letzten Wählerbefragung

Zum besseren Verständnis nicht nur des bereits Gesagten, sondern auch des Folgenden, geben wir nachstehend die absoluten und prozentualen Zahlen der größeren Parteien in den letzten und vorletzten Wahlen:

Abgeordnetenkammer

Listen	Stimmen		in %		Sitze	
	1963	1958	1963	1958	1963	1958
D.C.	11 763 418	12 494 391	38,3	42,3	260	273
P.C.I.	7 763 854	6 704 706	25,3	22,7	166	140
P.S.I.	4 251 966	4 208 111	13,8	14,2	87	84
P.L.I.	2 142 053	1 046 939	7,0	3,5	39	17
P.S.D.I.	1 874 379	1 345 750	6,1	4,6	33	22
M.S.I.	1 569 202	1 406 358	5,1	4,7	27	24
P.D.I.U.M.	536 652	1 436 807	1,7	4,8	8	25
P.R.I.	420 746	405 574	1,4	1,4	6	6
Übrige	407 999	514 997	1,3	1,8	4	5

Senat

Listen	Stimmen		in %		Sitze	
	1963	1958	1963	1958	1963	1958
D.C.	10 208 983	10 782 262	37,2	41,2	133	123
P.C.I.	6 993 645	5 701 019	25,5	21,8	85	59
P.S.I.	3 856 135	3 687 469	14,0	14,1	44	35
P.L.I.	2 059 485	1 023 966	7,5	3,9	19	4
P.S.D.I	1 739 910	1 137 927	6,3	4,4	14	5
M.S.I.	1 694 858	1 456 010	6,2	5,6	15	8
P.D.I.U.M.	428 173	1 349 894	1,6	5,2	2	7
P.R.I.	223 421	367 339	0,8	1,4	—	—
Übrige	253 028	646 113	0,9	2,4	3	5

Für die Situation der drei größten Parteien ergeben sich daraus folgende Schlüsse:

Democrazia Cristiana

Die Wahlergebnisse sagen Verschiedenes aus, je nach den Hypothesen, die man der Interpretation zugrunde legt.

Allgemein kann man sagen, daß die christlichdemokratische Partei vor allem durch die Polemik der Liberalen und der Kommunisten geschädigt wurde, die, anstatt sich gegenseitig aufzuheben, ihre für die Partei negativen Wirkungen summiert haben. Während aber einige der Vorwürfe, welche die Kommunisten an die Christlichdemokraten richteten, ein Körnchen Wahrheit enthielten, hatten jene aus dem liberalen Lager nur selten eine logisch annehmbare Grundlage. In der Tat rechtfertigten viele, die von den christlichdemokratischen zu den liberalen Reihen überliefen, ihren Schritt damit, daß die D. C. sie verraten hätte, indem sie nach links «gerutscht» sei, wie wenn die D. C. verpflichtet wäre, einem bestimmten Programm unbegrenzt treu zu

bleiben, selbst wenn dieses durch die veränderte Lage unlogisch und unaktuell wird, und als wäre ihr Verhalten durch ewige und unabänderlich dogmatische Gesetze kodifiziert.

Es ist einfach absurd, von «Verrat» zu sprechen. Bekanntlich ist die D. C. eine Partei ohne eigentliche Ideologie. Wenn dies für ein einheitliches politisches Handeln nachteilig ist, so bietet es anderseits den großen Vorteil verschiedenartigen und wechselvollen Experimentierens je nach der geschichtlichen Situation, woraus auch scheinbare Widersprüche erwachsen können. Aber widersprüchlich Handeln bedeutet für die D. C. nicht so sehr unvernünftig Handeln, als vielmehr sich an die Grundsätze eines gesunden Pragmatismus halten, der verlangt, daß man die eigenen Irrtümer ständig erkennt und dadurch auch schon überwindet, sobald die veränderten Bedingungen es erfordern. Nun will die Tatsache, daß dieser Partei eine eigentliche Ideologie fehlt, nicht besagen, daß ihr auch eine einheitliche Grundhaltung fehle. Im Gegenteil: die Partei ist stark in der katholischen Welt verwurzelt und notwendig durch sie bestimmt, auch wenn sie ihr nicht gleichzusetzen ist. Indem die D. C. für eine Politik des linken Zentrums eintrat, ist sie dieser Grundhaltung (die man sicher nicht der Linksrichtung bezichtigen kann) nicht untreu geworden, wie die Rechte das behauptet hat und immer noch behauptet. Viele haben das noch nicht begriffen.

Es handelt sich daher nicht um einen Verrat, sondern vielmehr um ein nötiges und «vorsichtiges Experiment». Nachdem sich die Partei ihre organisatorische Stärkung auferlegt hatte, die ihr eine größere Handlungsfreiheit gegenüber der katholischen Welt erlauben sollte — welche sie im übrigen weiter unterstützte —, leitete sie mit der Wendung nach links die modernste und entschiedendste Phase der jungen italienischen Demokratie ein, auch wenn dieser Schritt eine beträchtliche Anstrengung von einer Partei verlangte, die, gewohnt, das Machtmonopol in Händen zu haben, nunmehr eine andere Partei von erheblichem politischem Gewicht daran teilnehmen lassen mußte.

In zweiter Linie wurde die D. C. durch das Eintreten gewisser Ereignisse geschädigt, die nur wenig mit der politischen Lage zu tun haben, wie etwa der Anstieg der Lebensmittelpreise und Lebenskosten im allgemeinen, was vor allem auf die Angleichung der Löhne an das Niveau der anderen europäischen Nationen im Rahmen der EWG und auf den großen technischen Fortschritt zurückgeht. Auch die besonders in den letzten beiden Jahren sehr häufigen Streiks wirkten nachteilig, wie auch einige polemische Schlachten, die von jenen Parteien geschürt und ausgenützt wurden, die daraus Vorteile für die Wahlen zu ziehen hofften. Es sei hier nur das Projekt Sullo über das Bauland genannt, das die Rechtsparteien angriffen, weil sie in der städtebaulichen Reglementierung eine nicht vorhandene Gefahr für das Privateigentum sahen, sowie der Skandal der *Federconsorzi* (Federazione Italiana dei Consorzi Agrari), in dessen Verlauf die Kommunisten die D. C. nicht zu

Unrecht beschuldigten, über Aussetzungen im Betrag von 1000 Milliarden Lire keine Rechenschaft gegeben zu haben.

Zweifellos trugen noch andere Faktoren zum Rückschlag der Christlichdemokraten bei. Zu nennen wäre der Rückgang der bäuerlichen und das Anwachsen der Arbeiterstimmen, das davon herrührt, daß in den letzten Jahren viele in der Landwirtschaft Beschäftigte von den städtischen Fabriken aufgesogen wurden. Wichtig ist auch der Wegfall des kirchlichen Verbotes, kommunistisch zu wählen, vor allem bei den Frauen, die immer noch einen sehr hohen Prozentsatz der christlichdemokratischen Stimmen ausmachen. Wir werden noch darauf zurückkommen.

Ein letzter, nicht zu unterschätzender Faktor ist die Fernsehpropaganda, die in Italien zum ersten Mal bei politischen Wahlen zur Anwendung kam. Sie wirkte sich ganz zu Gunsten der skandalumwitterten Enthüllungen und demagogischen Absichten der Kommunisten aus.

Zusammenfassend glauben wir nicht, daß man von einer eigentlichen Niederlage der D. C. sprechen kann, sondern eher von einer Neuausmessung der tatsächlichen Anziehungskraft, welche die Partei auf die Wählerschaft ausüben kann, die heute — besonders was die Frauen angeht — gebildeter und bewußter geworden ist.

Sozialistische Partei

Zusammen mit der D. C. ist die sozialistische Partei diejenige, die sich zu diesen Wahlen gegenüber den vorhergehenden in am meisten veränderter Form stellte, indem sie zum ersten Mal eine Zusammenarbeit mit den Katholiken in Aussicht nahm, die an die Stelle der mehr als zwanzigjährigen Verbindung mit den Kommunisten treten sollte. Die polemische Gegenüberstellung zum P. C. I. hatte nunmehr Gestalt angenommen, sowohl wegen der unterschiedlichen ideologischen Stellung der beiden Parteien bezüglich der Auffassung des Sozialismus, als auch wegen der verschiedenen Bedeutung, die sie der neuen politischen Wendung beimaßen: die Kommunisten sahen darin ein neozentristisches, die Sozialisten ein nützliches Minimalprogramm.

Der Stillstand — oder gar der leichte Rückgang —, den der P. S. I. in diesen Wahlen verzeichnet hat, ist nicht eindeutig zu erklären. Eine der Ursachen ist gewiß in der unsicheren Stellung zu erkennen, in der sich die Partei zur Zeit der Wahlen befand, nicht nur wegen der verschärften inneren Polemik zwischen den Strömungen, sondern vor allem wegen des teilweisen Rückzugs Moros von der angenommenen politischen Linie. Moro wollte damit bewirken und bewirkte auch, daß die Wendung nach links und damit auch die Stellung des P. S. I. im Rahmen der Regierungsmehrheit wieder in Frage gestellt wurde.

Einer der Hauptgründe für den sozialistischen Stillstand ist sicher der harte Angriff seitens der Kommunisten. Zum ersten Mal waren die ehemaligen Verbündeten Feinde im Wahlkampf. Den Kommunisten widerstanden zu haben, die über die bis heute größte Wahlmaschine in Italien verfügen, ist für die Sozialisten ohne Zweifel ein Erfolg, um so mehr als sie die einzige Partei sind, die unterschiedslos von allen Parteien (die Republikaner ausgenommen) angegriffen wurden. Tatsächlich gab es neben der kommunistischen die grundsätzliche Opposition Saragats (der immer angestrengter nach Gründen sucht, die das Andauern der berühmten Spaltung von 1949 rechtfertigen sollen, in deren Gefolge er mit dem damals rechten sozialistischen Flügel die sozialdemokratische Partei gründete), und es gab logischerweise auch die Opposition aller Rechtsparteien, welche die Sozialisten beschuldigten, die wahren Verantwortlichen für die verhaßte Politik des linken Zentrums zu sein. Sie haben damit nicht unrecht: ohne die Sozialisten hätte es kein linkes Zentrum gegeben.

Die Wahlstabilität des P. S. I. muß noch aus einem anderen Grunde positiv gewertet werden. Nach den letzten Schätzungen, die hoffentlich durch den Parteikongreß im Oktober bestätigt werden, hat sich das Verhältnis zwischen Autonomisten und Prokommunisten *(carristi)* entschieden zugunsten der ersteren gewandelt. Statt der knappen absoluten Mehrheit, die sie bisher innehatten, sollen sie jetzt mehr als zwei Drittel der Partei ausmachen. Das zeigt, daß die sozialistische Stimmabgabe mehrheitlich bewußt war und zugunsten der neuen politischen Linie des P. S. I. erfolgte, der zwar die Gunst der Kommunisten verloren, dafür aber neue Wähler angezogen hat. Trotzdem also die sozialistische Stimmenzahl quantitativ unverändert geblieben ist, hat sie sich unter dem qualitativen Aspekt verbessert, und zwar gerade in dem Moment, in dem die Kommunisten Gewinne erzielten. Das ist ermutigend.

Eines steht fest: die sozialistische Partei hat eine entscheidende Bedeutung in der gegenwärtigen politischen Situation des Landes, besonders weil das Wahlergebnis ihr spezifisches Gewicht erhöht hat. Dadurch ist sie für die Verhandlungen mit der D. C. gestärkt, die ihrerseits geschwächt ist. Deshalb ist der bevorstehende Parteikongreß von vitaler Bedeutung, nicht nur für die Parteigeschichte, sondern auch für die Stärke der italienischen Demokratie.

Kommunistische Partei

Allen Parteien unterlaufen Irrtümer in den Vorhersagen, besonders vor den Wahlen, aber keine Partei hat wie die kommunistische so viele falsche Prognosen zu verzeichnen, und keine hat je wie sie die unglaubliche Anmaßung gehabt, als einzige über eine unfehlbare wissenschaftliche Methode der Wirk-

lichkeitsanalyse zu verfügen. Die Voraussagen des P. C. I. sind systematisch daneben gegangen, vom Marshall-Plan bis zur EWG, indem sie ständig von einer durch die Monopole und durch den kapitalistischen Imperialismus zum Absterben verurteilten italienischen Wirtschaft sprachen. Dennoch enden die Wahlfeldzüge der Kommunisten stets mit bemerkenswerten Erfolgen, deren letzter prozentual nicht einmal der größte ist. Man staunt nicht darüber, wenn man weiß, wie unwissend die italienische Wählerschaft noch ist, die nach den neuesten Statistiken über innere und äußere Ereignisse weniger Bescheid weiß als jene aller anderen fortgeschrittenen europäischen Länder. Es ist klar, daß unter solchen Verhältnissen die wirksame Organisation und die kapillare Propaganda der Kommunisten gute Erfolge erzielen, da die Irrtümer der großen Masse wegen der propagandistischen Unzulänglichkeit der anderen Parteien unbekannt bleiben.

Man kennt das Geschick der Kommunisten, Ereignisse und Vorkehrungen als Früchte ihrer Initiative auszugeben, die, auch wenn sie sie (mehr steril als konstruktiv) predigen, ihrer Kontrolle entgleiten und unabhängig von ihrer Stimmabgabe verwirklicht werden. Auch die berühmten Gewerkschaftskämpfe der letzten fünf Jahre sind weniger das Ergebnis ihrer Tätigkeit als eine natürliche Folge der gewaltigen Entwicklung der italienischen Wirtschaft, die zur Vollbeschäftigung (die restliche Arbeitslosigkeit ist großenteils chronischer Natur) und daher zu begründeten neuen Forderungen der Arbeiter geführt hat. Außerdem sind die gewerkschaftlichen Kämpfe, obschon oft von den Kommunisten geschürt, dank der Stärkung der nichtkommunistischen Gewerkschaften möglich geworden, die so endlich mit den linksgerichteten Gewerkschaften Pläne für gemeinsames Handeln aufstellen konnten.

Die kommunistische Partei, seit langem von der Regierung ausgeschlossen, an der sie in den Anfängen der Republik teilgenommen hatte, stimmte im Parlament gegen alle fundamentalen Maßnahmen des Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Expansion Italiens: sie widersetzte sich dem Marshall-Plan, der Montanunion, der EWG, der Agrarreform, dem IRI, dem ENI, der Cassa del Mezzogiorno. Die Kommunisten beurteilten jede Reform, die im Parlament zur Sprache kam, als unmöglich, ungenügend, oder geradezu als schädlich.

Die kommunistische Stimmabgabe ist weniger eine solche der sozialen Solidarität, als eine solche des Protestes. Die kommunistische Partei stellt sich stets auf die Seite der Unzufriedenen, welcher sozialen Schicht sie auch angehören, indem sie deren Unzufriedenheit mit dem Wenigen und Begrenzten ausnützt, das die früheren Regierungen getan haben. Es sind hier nicht die chronisch Unzufriedenen gemeint, die es in jedem Land gibt, sondern jene, die es mit guten Gründen sind, die keine Würde hätten, wenn sie es nicht wären, und von denen es in Italien viele gibt. Diese werden heute mehr als je vom Kommunismus angezogen, weil zum ersten Mal seit dem Krieg die

kommunistische Partei die Opposition alleine bildet, wenn man die unbedeutenden Rechtsparteien (etwa 15 % der Wähler) unberücksichtigt läßt.

Doch gibt es neben der Unterstützung der Kommunisten aus Protest auch jene aus Müdigkeit, unabhängig von jedem ideologischen Motiv. Viele von denen, die früher für andere Parteien stimmten und diesen vorwerfen, sie hätten viel geredet, ohne daß ein greifbarer Vorteil daraus erwachsen sei, versuchen es nun mit den Kommunisten als letzter Hoffnung auf Verbesserung der eigenen Lage und sagen, sie hätten, so schlimm es auch herauskomme, nichts zu verlieren.

Die kommunistische Wählermasse hat heute ein Maximum erreicht, das in Zukunft nur schwer zu überbieten sein wird. Viele Faktoren haben dazu beigetragen, diesen Anstieg hervorzurufen, und sie können sich künftig kaum wiederholen, wenigstens nicht in solch massiver Art. Diese Faktoren sollen nun aufgezählt werden.

1. Die Entwicklung zur Autonomie innerhalb des P. S. I. hat dazu geführt, daß viele Linkssozialisten *(carristi)* zu den Kommunisten überliefen, besonders in Mittelitalien, wo die Kommunisten am stärksten und die Einbußen der Sozialisten am größten sind. Die Sozialisten verloren, wie vorausgesehen, jene Wähler, die sich bereits auf mehr kommunistischen als sozialistischen Positionen befanden, oder die, mit anderen Worten, der Partei auf ihrem Weg zur Autonomie nicht folgen wollten, weil sie der Vorstellung einer einheitlichen Arbeiterfront verbunden blieben. Für die Kommunisten handelt es sich dabei um eine bereits erschöpfte Stimmenquelle, aus der ihnen in Zukunft keine Wähler mehr zuströmen werden.

2. Ein anderer unwiederholbarer Faktor ist der unvermittelte «Ausbruch des Wohlstands» (was nicht besagt, daß er künftig nicht mehr anwachsen könne). Er hat den Kommunismus zweifellos begünstigt, besonders bei jenen, die ihn ständig vor Augen hatten, ohne in seinen Genuß zu kommen. E. Mattei, ein deutlich nach rechts orientierter und einer der besten Journalisten Italiens, hat recht, wenn er sagt, daß der Wohlstand erst nach vielen Jahren eine konservative Wirkung hat, und daß er kurzfristig eher den Drang nach links verstärkt. Wenn die Formel des linken Zentrums nicht die von ihren Verfechtern erhoffte Wirkung zeitigte, so liegt das daran, daß diese Wirkungen sich erst auf lange Sicht einstellen werden. Entgegen den Behauptungen der Rechtsparteien ist der kommunistische Zuwachs anderen Faktoren zuzuschreiben, vor allem den unbeweglichen Regierungen der letzten zehn Jahre, die auf Verbindungen der Zentrums- und Rechtsparteien basierten und deren verhängnisvolle Wirkungen erst heute voll sichtbar werden.

3. Auch die Abwanderung vieler landwirtschaftlich Beschäftigter in die Industrie (eine direkte Folge des wirtschaftlichen Fortschrittes der letzten Jahre) wird, selbst wenn sie, was zu erwarten und zu hoffen ist, weitergeht, den Prozentsatz der kommunistischen Stimmen nicht weiter erhöhen können.

Augusto Guerriero, ein anderer bedeutender rechtsgerichteter Journalist, sagt richtig: «Diese Massen waren bisher auf dem Land und in den Dörfern verstreut, hörten auf den Pfarrer und wählten daher christlichdemokratisch; heute aber sind sie in den Fabriken zusammengefaßt und hören auf den Leiter der kommunistischen Zelle. Sie finden zudem, in der Stadt sei alles teurer, werden unzufrieden und wählen kommunistisch. In zehn Jahren, wenn sie einen Beruf gelernt haben und qualifizierte Arbeiter sein werden, werden sie vielleicht anders wählen.» Auch wenn die Abwanderung der Bauern andauert und wenn ihre erste Tendenz nach dem Eintritt in die Fabriken noch kommunistisch ist, so werden doch viele von denen nicht mehr kommunistisch wählen wollen, die sich in der neuen Arbeit bereits zurechtgefunden und sich durch ernsthafte Bewährung in der nun nicht mehr feindlichen Stadt eingelebt haben, und die überdies ihre materiellen und psychischen Lebensbedingungen verbessert haben. Sie werden keinen Anlaß zu Protest und Klage mehr haben.

4. Auch ein Skandal so großen Ausmaßes wie der um die *Federconsorzi* (alles was sie betrifft, wird nächstens überprüft) wird sich nicht wiederholen können. Ihm wird ein nicht unbeträchtlicher Einfluß auf die Wahlen zugeschrieben.

5. Die Tatsache, daß die Kommunisten heute erstmals die einzige, dem linken Zentrum radikal entgegengesetzte Opposition von einigem Bestand bilden, wird nicht wieder eintreten. Wenn die Lage unverändert bleibt, verliert diese Tatsache den Reiz des Neuen und wird keine Umlagerung der Wähler hervorrufen können.

6. Der letzte, aber nicht unwichtigste Faktor, dessen Einmaligkeit hervorzuheben ist, ist die Hirtentätigkeit während des kurzen, aber intensiven und fruchtbaren Pontifikats Johannes XXIII., der sowohl von der ihm feindlichen Rechten wie auch von der Linken unglaublich mißverstanden wurde, die sein wesentlich geistliches Werk in jenen (oft entstellten) Elementen materieller Natur geschickt ausnützte, die sie für ihre Propaganda am nützlichsten hielt.

Die politischen Folgen des Werkes von Papst Johannes

Die Worte und Taten des «guten Papstes» sind von den extremen Flügeln der politischen Gruppen und von vielen Wählern mehr oder weniger bewußt falsch gedeutet worden, und das ist der Grund für ihre bemerkenswerten politischen Folgen.

Unglaublich entstellt wurden sie von allen Rechtsparteien, die sich allem verschließen, was nach Neuerung aussieht (auch wenn es gar nicht mehr neu ist); wissentlich entstellt — aus anderen Gründen, versteht sich — hat sie die äußerste Linke, die mit Erfolg versuchte, sie den niederen Zwecken ihres marxistischen Aposteltums anzupassen; aus Dummheit entstellten sie jene,

die in ihnen den greifbaren Beweis für die ideologische Abrüstung des Christentums vor dem Kommunismus zu erkennen glaubten.

In den Wahlversammlungen der extremen Linken hörte man häufig Sätze wie «Der Papst hat uns rechtgegeben» und ähnlich kindische. Togliatti liebte Johannes XXIII. den «Papst der Kommunisten» zu nennen, indem er sich besonders auf die Enzykliken «Mater et Magistra» und «Pacem in terris» berief und sie entstellte, indem er einige Abschnitte aus dem Zusammenhang herausriß.

Die Rechte hingegen ersparte dem Papst ihre Vorwürfe nicht, nicht nur weil er sich zu wenig für Politik interessiere — was einfach nicht wahr ist, ihnen aber so erschien, weil sie sich der zwanzigjährigen Politik der Intransigenz gegenüber dem marxistischen Irrtum unter Pius XII. erinnerten —, sondern besonders weil er gerade vor den Wahlen Entscheidungen getroffen hatte, die sich unvermeidlich zugunsten der Kommunisten auswirken mußten.

Unzweifelhaft hat die Haltung der Kirche beim Vorrücken der kommunistischen Partei eine entscheidende Rolle gespielt, aber es ist ebenso unzweifelhaft, daß sie weniger eine italienische als eine universale Mission zu erfüllen hat, die zudem nicht politischer, sondern religiöser Natur ist. Sicher hat Johannes XXIII. weder bei der Veröffentlichung der Enzyklika «Pacem in terris» noch beim Empfang von Chruschtschews Schwiegersohn (beides erfolgte unmittelbar vor den Wahlen) einen Sinn für den günstigen Zeitpunkt bewiesen, aber heute weiß man, daß der Papst seine Pläne nicht vertagen konnte, war er sich doch seines nahen Todes und der vielen Unbekannten bewußt, die bei der Wahl seines Nachfolgers durch das nächste Konklave auftreten würden.

Was die Rechte am meisten ärgerte, ist nicht die Tatsache, daß der Papst sich mit aller Energie einer Erneuerung der Kirche widmete, die sich während des zu langen Pontifikates Pius' XII. den neuen Realitäten verschlossen hatte, sondern vor allem die unzeremonielle Einfachheit und die menschliche Wärme, mit der er alle und daher auch die Kommunisten behandelte, die Tatsache, daß er den Irrtum und nicht den Irrenden bekämpfte, die Tatsache, daß er den sozialen Frieden und Fortschritt und nicht mehr die öffentliche Ordnung und die soziale Stabilität predigte, die Tatsache, daß er im Namen eines Gottes sprach, der denen verzeiht, die im Irrtum sind, und nicht wie Pius XII. im Namen eines Gottes, der alle verdammt, die nicht seinem Gesetz folgen, die Tatsache, daß er — im wahren Sinne des Wortes — ein liberaler, moderner und antikonformistischer Papst war. Schon mit Pius IX. war die Rechte ähnlich verfahren, mit dem Unterschied, daß sie ihn beschuldigte, liberal zu sein (die Liberalen standen dem damaligen Parteienverhältnis nach links), während sie heute Johannes XXIII. beschuldigt, «rot» gewesen zu sein. In beiden Fällen ergibt eine weniger oberflächliche Prüfung, daß die Rechte offensichtlich unrecht hatte.

Besonders wichtig ist die Reaktion der Frauen auf das Wirken des Papstes, denn sie sind in Italien in der Mehrheit und beeinflussen mit ihrer Stimme das politische Leben des Landes stark. Die scheinbare Abrüstung der Kirche vor der marxistischen Ideologie — eine Folge, wie wir gesehen haben, der Entstellung der päpstlichen Worte — soll einen beträchtlichen Teil der weiblichen Wählerschaft dazu veranlaßt haben, bei der Stimmabgabe dem Beispiel des Mannes zu folgen, weil keine religiösen Gründe (Exkommunikationsdrohung) mehr hemmend wirkten.

Grob geschätzt ein guter Drittel des kommunistischen Wählerzuwachses ist den Frauen zuzuschreiben. Das zeigt zur Genüge, wie sehr sie in Italien die Wahlergebnisse bestimmen.

So wäre der kommunistische Zuwachs außer auf wirtschaftlich-soziale teilweise auch auf psychologische Ursachen zurückzuführen. Zum ersten Mal hat die Kirche diejenigen, die marxistisch wählen, nicht mit der Exkommunikation bedroht. Zum ersten Mal hat sie also nicht in den politischen Kampf Italiens eingegriffen, weil sie ihn mit Recht weniger wichtig einschätzte als ihre universale Mission.

Schlußfolgerungen

Durch den ebenso unerwarteten wie bemerkenswerten kommunistischen Vormarsch wurde ein Motiv wieder aktuell, welches bis 1958 Vorgehen und Propaganda der Christlichdemokraten inspiriert hatte: das Motiv der «roten Gefahr». Damals sammelte die D. C. viele negative Stimmen, das heißt solche, die nicht ein Ja für die D. C., sondern ein Nein an den Kommunismus bedeuteten, den alle demokratischen Parteien mit Recht als Schreckgespenst hinstellten.

Einer der Slogans der D. C. in der Ära des linken Zentrums — «Isoliert die Kommunisten» — wurde so in Frage gestellt: die Kommunisten sind zwar isoliert, aber ihre Stärkung erlaubt es ihnen, offen ihre Bereitschaft zu einer Regierung der Linken zu erklären, in Erwartung einer sich bietenden Gelegenheit. Diese ist heute nicht mehr ganz fern, da die Linksparteien (P. S. D. I., P. R. I., P. S. I., P. C. I.) fast die Hälfte der Wählerschaft ausmachen und da eine wirkliche Alternative zum linken Zentrum fehlt, die nicht durch die Kommunisten bestimmt wäre. Immerhin ist diese Alternative für den Augenblick undenkbar und jedenfalls unerwünscht.

Mehr als je ist es heute der kategorische Imperativ der demokratischen Parteien, die Kommunisten zu isolieren und deren Forderungen durch eine fortschrittliche Wirtschafts- und Sozialpolitik zu entkräften. Insbesondere müssen sie den (für jetzt allerdings fernen) Fehler vermeiden, mit einer antidemokratischen Partei die Regierungsgewalt zu teilen, weil dies die Propa-

ganda einer solchen Partei nur erleichtern und ihre Wahlwirksamkeit stärken würde.

Die Notwendigkeit weitgehender Reformen wird überall im Lande verspürt, wenn man die 15 % der Rechtswähler ausnimmt. Entweder gelingt es dem linken Zentrum im Rahmen eines demokratischen Staates, sie zu verwirklichen, unter Wahrung der Freiheit des Einzelnen und besonders des Privateigentums (sofern dieses nicht fundamentalen Grundsätzen des öffentlichen Nutzens widerspricht), oder die Kommunisten werden die Reformen mit ganz anderen Methoden durchführen.

Sollte dem linken Zentrum das gelingen, was keiner Nachkriegsregierung gelungen ist, so müßte der Kommunismus endgültig geschlagen daraus hervorgehen. Er hätte der Regierungsgewalt keine ernsthafte Alternative mehr entgegenzusetzen. Wenn das eintritt, wird er gezwungen sein, sich in eine demokratische Kraft umzuwandeln, sofern er überleben will.

Das Unternehmertum im heutigen Westdeutschland

HANS ZIMMERMANN

Im Aufwind der «Ära Erhard»

Es wäre anmaßend, im Unternehmer, seinen Leistungen und Erfolgen die einzige Säule des Wohlstandes eines Volkes zu erblicken. Die Gunst oder Ungunst einer verschwenderischen oder kargen Natur, die historisch gewachsene gesellschaftliche Ordnung, die ihn in ihrer ganzen sozialen Vielfalt umgibt, der Staat und dessen Politik, die den Rahmen der unternehmerischen Aktivität entscheidend beeinflussen, die Gewerkschaften, deren Maß oder Unmaß eine Unternehmung im Guten wie im Schlechten schicksalshaft treffen